

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Samstag, 27. März 2010 · Nr. 73/12 D 1

HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INKA, BERTHOLD KOHLER, GÜNTHER NONNENMACHER, FRANK SCHIRRMACHER, HOLGER STELTZNER

2,10 € D 2954 A F.A.Z. im Internet: faz.net

Schadenersatz wegen SED-Geldwäsche

ami. BERLIN, 26. März. Zwanzig Jahre nach dem Fall der Mauer steht eines der langwierigsten Verfahren um verschobene Gelder der ehemaligen DDR-Staatspartei SED vor dem Abschluss. Im Streit über unterschlagene Mittel von insgesamt 450 Millionen D-Mark traf das Obergericht des Kantons Zug jetzt eine vorläufig letzte Entscheidung und sprach der Bundesrepublik Schadenersatz über 230 Millionen Euro zu. Zahlen muss den Betrag die Unicreditbank Austria als Rechtsnachfolgerin der Bank Austria. Auf Konten der Bank waren kurzzeitig Anfang der neunziger Jahre Millionenbeträge überwiesen und wieder abgebucht worden, die dem Ost-Berliner Unternehmen Novum gehörten. Dessen Alleingesellschafterin war eine Österreicherin, die vorgab, im Auftrag der Kommunistischen Partei Österreichs zu agieren. Tatsächlich war Novum eine Tarnfirma der SED, wie der Bundesgerichtshof 2004 nach jahrelangen Prozessen bestätigte. Dieser Auffassung schlossen sich jetzt die Schweizer Richter an. (Siehe Seite 4.)

Heute

Endlich versichert!

Um die Gesundheitsreform in Amerika wurde erbittert gestritten. Unsere Korrespondenten in New York wissen, worum es den Befürwortern geht. **Die Lounge, Seite 13**

Norma lebte noch

Im Herbst 1943 haben in Istrien die Partisanen gewütet. Dem Massenmord folgte lange nur Schweigen. Jetzt begeben sich Politiker, Zeitzeugen und Schüler auf eine Reise in die Vergangenheit. **Politik, Seite 3**

Regieren ohne Mehrheit

An dem Tag, an dem die schwarz-grüne Koalition in Frankfurt einen Haushalt ganz ohne Einschnitte verabschiedet hat, verlor sie auch ihre Mehrheit. Die Macht jedoch will sie behalten. **Politik, Seite 4**

Rentner als Zukunft

Klavier- und Gitarrenhersteller kämpfen in einem gesättigten Markt. Beide entdecken nun neue Zielgruppen: Deutsche Rentner, die Zeit und Geld haben – und junge Chinesen. **Wirtschaft, Seite 18**

Die Sucht des Artur Abraham

Andere Menschen nehmen Drogen, er Deutsch-Armenier kann von einem Sport nicht lassen. Er boxt – um die Gänsehaut im Ring zu erleben, um die Ehre und nicht zuletzt um das Geld. **Sport, Seite 30**

Sei ein Fan, werde Mitglied

Die Kunstvereine in Deutschland sind international in ihrer Fülle und Qualität einzigartig. Doch die Kommunen streichen ihnen die Gelder – ein Plädoyer für die bürgerlichen Vereinigungen. **Feuilleton, Seite 31**

Auf den Feldern von Verdun

In dieser Landschaft herrscht bis heute Krieg. Die Wunden, die 1916 auf den schlimmsten Schauplätzen des Ersten Weltkriegs geschlagen wurden, sind noch nicht verheilt. **Bilder und Zeiten, Seiten Z1 und Z2**

Mitteilung des Verlags:

15 Seiten Stellenanzeigen von Seite C5 an; Anzeigen Unterricht – Weiterbildung – Seminare auf Seite C20. **Druckauflage: 514 324 Exemplare**

Großes Kino



Schilda – Das Warnschild gehört zu den Schildern, die es eigentlich nicht mehr geben dürfte. Den Kommunen droht deshalb eine Klagewelle gegen „falsche“, alte Schilder. Dazu zählt auch der Herr am Zebrastreifen, der keinen Hut mehr tragen darf. Haben wir keine anderen Sorgen? In Frankfurt erlitt die

schwarz-grüne Koalition jetzt Schiffbruch, weil es ein CDU-Stadtrat nicht erträgt, dass Autofahrer auf einer Ringstraße nur so schnell fahren dürfen wie gut trainierte Fahrradfahrer. Das ist großes Kino auf der **Seite 4**, fast so groß wie das auf **Seite 9**: das erste deutsche Autokino.

Foto Franz Roth

Obama und Medwedjew einig über Atomabrüstung

Neuer Start-Vertrag: Begrenzung der Trägersysteme und der Sprengköpfe

Bc. FRANKFURT, 26. März. Die Präsidenten der Vereinigten Staaten und Russlands, Obama und Medwedjew, haben sich auf einen neuen Vertrag verständigt, der das Arsenal der strategischen Nuklearwaffen beider Länder überprüfbar verringern wird. In einem Telefonat am Freitag billigten sie eine Nachfolgevereinbarung für das im Dezember 2009 ausgelaufene Start-Abkommen aus dem Jahr 1991, über während der vergangenen zehn Monate verhandelt worden war. Der neue Vertrag soll angeblich am 8. April in Prag unterzeichnet werden, wo Obama ein Jahr zuvor in einer Rede seine Vision einer „Welt ohne Atomwaffen“ vorgetragen hat. Obama sagte nach dem Gespräch: „Nach Jahren der Verhandlungen haben die Vereinigten und Russland den umfas-

sendsten Abrüstungsvertrag in nahezu zwei Jahrzehnten beschlossen.“ Die beiden größten Atommächte sendeten damit „ein klares Signal, dass wir führen wollen.“ Auch der Kreml hob die Bedeutung des Abkommens hervor. Es spiegle das Gleichgewicht der Interessen beider Länder, sagte Medwedjews Sprecherin.

Die Vereinigten Staaten und Russland verfügen über 95 Prozent aller auf der Welt verbreiten Atomwaffen. Als strategische Waffen gelten Nuklearsprengköpfe, die durch Interkontinentalraketen, auf U-Booten stationierte Raketen oder Fernbomber ins Ziel gebracht werden und jeweils das andere Land erreichen können.

Schon im Sommer 2009 legten die beiden Präsidenten bei einem Besuch Obamas in Moskau in einer gemeinsamen Er-

klärung fest, dass die Trägersysteme für strategische Waffen auf eine Zahl zwischen 500 und 1100 und die ihnen zugeordneten nuklearen Sprengköpfe auf 1500 bis 1675 begrenzt werden sollten. Nach Berichten amerikanischer Zeitungen einigten sich beide Seiten auf 1500 Sprengköpfe und 800 Trägersysteme. Das Start-Abkommen von 1991 hatte eine Obergrenze von 1600 Trägersystemen und 6000 Sprengköpfen vorgeschrieben. Eine 2002 von den Präsidenten Bush und Putin unterzeichnete Vereinbarung über die Verringerung strategischer Offensivwaffen (Sort) sah vor, den Bestand bis 2012 auf 2200 Sprengköpfe zu senken. Das Sort-Abkommen enthielt aber keine Vorschriften zur Verifikation und sah keine Zerstörung der außer Dienst gestellten Systeme vor.

Merkel verteidigt Notfallhilfe für Griechenland

Bundeskanzlerin: Jede Unterstützung wäre Ultima Ratio / „Kein Subventionselement“

hmk/wmu. BRÜSSEL, 26. März. Bundeskanzlerin Merkel hat die Einigung der Euro-Staaten über eine Notfallhilfe für Griechenland als „sachgerechte Lösung“ verteidigt. „Die Mitgliedstaaten des Euro-Raums lassen nicht zu, dass der Euro destabilisiert wird“, sagte Frau Merkel zum Abschluss des EU-Gipfeltreffens am Freitag in Brüssel. Der Beschluss, den der griechische Ministerpräsident Papandreu entsprechend gewürdigt habe, sei zugleich ein Signal der Solidarität an Athen. Papandreu habe zugleich bekräftigt, dass Griechenland seine Finanzierungs-krise aus eigener Kraft bewältigen wolle, sagte Frau Merkel.

Die Euro-Staaten hatten sich in der Nacht zum Freitag darauf geeinigt, dass Griechenland im Notfall eine Kombinati-

on von bilateralen Krediten der Euro-Staaten und Hilfen des Internationalen Währungsfonds (IWF) erhalten soll. Der Kompromisstext, der auf Vorarbeiten Frau Merks und des französischen Staatspräsidenten Sarkozy zurückgeht, enthält zahlreiche Vorkehrungen, die ein zu rasches Auslösen bilateraler Kredite verhindern soll. Sie sind ausnahmslos auf deutschen Wunsch eingefügt worden. Frau Merkel hob hervor, dass in der Erklärung jegliche Finanzhilfe als „Ultima Ratio“ bezeichnet wird, die nur beschlos-sen werden könne, wenn sich Athen nicht mehr am Markt finanzieren kann. Eine Auszahlung aus den bilateralen Darlehen kann zudem nur durch einen einstimmigen Beschluss der Euro-Gruppe erfolgen.

Gesetzentwurf für kürzeren Wehrdienst

lów, BERLIN, 26. März. Verteidigungsminister zu Guttenberg (CSU) und Familienministerin Schröder (CDU) haben am Freitag den Fachleuten aller Fraktionen einen Gesetzentwurf zur Verkürzung von Wehr- und Zivildienst auf sechs Monate vorgelegt. Der Entwurf, der dieser Zeitung vorliegt, enthält einige Punkte, die in der Koalition umstritten sind, darunter die Möglichkeit, den Zivildienst freiwillig auf bis zu 23 Monate zu verlängern. Die FDP lehnt das bislang ab. (Siehe Seite 4.)

Zwangsrabatte für die Pharmaindustrie

ami. BERLIN, 26. März. Bis zu zwei Milliarden Euro könnten die Krankenkassen nach dem neuen Arzneimittelkonzept spare, das die Koalition am Freitag vorgelegt hat. Es bietet erstmals die Möglichkeit zu Preisverhandlungen für neuartige Medikamente, umfasst auch einen Preisstopp und höhere Zwangsrabatte. Letztere könnten nach Informationen dieser Zeitung schon ab August in Kraft treten und die Unternehmen bis zu 500 Millionen Euro kosten. (Siehe Wirtschaft, Seite 11.)

Vorabsprache

Von Georg Paul Hefty

Eile war geboten. Die FDP konnte nicht mehr länger hinnehmen, dass ihr amtierender Vorsitzender und dessen wahrscheinlicher Nachfolger auf den Minus-Plätzen der Beliebtheitskala rangieren. Bei Westerwelle scheint trotz oder gerade wegen seiner Auftritte als Außenminister auf absehbare Zeit nichts mehr zu retten zu sein. Umso dringlicher wurde es, das Bild des Gesundheitsministers Rösler aufzupolieren – denn von den übrigen Kabinettsmitgliedern der Partei ist kein Aufblühen der FDP zu erwarten. Rösler braucht einen schnellen Erfolg, auf dem Feld der Krankenversicherungspauschale ist er nicht zu erringen, da steht schon Seehofer davor, der entgegen vielfachen Behauptungen nach wie vor, wenn auch knapp, ein positives Image bei den Bürgern hat.

So blieb Rösler nichts anderes übrig, als den Kampf gegen die Pharma-industrie aufzunehmen – nicht gerade ein unliberales Anliegen. Da auch die Union dazu die Hand reichte, gelang eine rasche Entscheidung, die allerdings nicht mehr ist als eine Vorabsprache für die Vorlage eines Kabinettsentwurfes; ein Gesetzesbeschluss ist zwar

zeitlich nah, aber inhaltlich noch weit entfernt. Das politische Kräfteressens beginnt mit dieser Einigung unter den Koalitionsfachleuten erst. Auf die Stellungnahmen des dritten FDP-Ministers, des Wirtschaftsfürsprechers Brüderle, dürfen die Leute gespannt sein.

In der Sache bleibt die Einigung „im System“. Von den zwei Milliarden Euro, die Rösler einzusparen verspricht, fällt weit mehr als die Hälfte auf die Forderung nach deutlich höheren Rabatten bei gängigen Arzneimitteln. Da ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Unabsehbar ist, wie sich die neue Regelung für neue Medikamente auswirkt. Werden deren Einführungspreise so hoch gesetzt, dass die Pharmaindustrie schon im ersten Jahr die Gewinne einstreicht, die ihr in den darauffolgenden Jahren streitig gemacht werden sollen? Und für wie viele Patienten müssen die neuen Mittel Verbesserungen bringen, um dauerhaft von den Kassen erstattet zu werden? Zehn, hundert oder Tausende? Es wird viel Aufklärung erfordern, staatlicherseits den Leuten glaubhaft zu machen, dass ihnen der pharmazeutische Fortschritt nicht vorenthalten wird. Die Pharmalobby wird auf allen Kanälen dagegenghalten. Fangen erst die Beamten mit der fesseligen Arbeit am Gesetzentwurf an, wird für Rösler abermals eine Durststrecke beginnen.

Hilfe und Strafe

Von Holger Steltzner

Das Rettungspaket für Griechenland ist geschnürt. Die Lösung trägt eine deutsche Handschrift, die Grenzen für Hilfen sind eng und die Hürden hoch. In den Verhandlungen mit den anderen Regierungschefs hat Bundeskanzlerin Merkel geschickt die engen Spielräume als Druckmittel eingesetzt, die das Bundesverfassungsgericht jeder Bundesregierung in der Schicksalsfrage der gemeinsamen Währung gesetzt hat. Mit ihrer harten Verhandlungsführung hat sie den EU-Partnern mehr abverlangt, als möglich schien. Dies ist keine neue Linie Deutschlands, seine Ziele in Europa zu vertreten – und antieuropäisch ist es auch nicht. Indem Frau Merkel den französischen Präsidenten Sarkozy überzeugt hat, den Internationalen Währungsfonds (IWF) im Euro-Raum helfen zu lassen, hält sie zudem in der Tradition ihrer Vorgänger den deutsch-französischen Motor der europäischen Integration am Laufen.

Eine vorschnelle Finanzhilfe gibt es nicht. Griechenland kann sich nicht selbst zum Notfall deklarieren, den müsste die Euro-Gruppe einstimmig beschließen, und zwar erst dann, wenn die Stabilität der gesamten Euro-Zone bedroht wäre. Davon kann noch keine Rede sein, ebenso wenig von der bevorstehenden Zahlungsunfähigkeit Griechenlands. Aber wann tritt der Notfall ein? Wohl kaum, wenn die Hellenen nur höhere Zinsen zahlen müssten. Und Griechenland ist nicht schon morgen überschuldet. Die Zinsquote, die Zinskosten als Anteil an den Gesamtausgaben misst, liegt mit elf Prozent historisch niedrig; früher lag sie bei 30 Prozent. Ein Notfall läge wohl vor, wenn das Land vom Kapitalmarkt kein Geld mehr bekäme. So weit ist es aber noch lange nicht, die jüngste Begehung einer griechischen Staatsanleihe lief problemlos. Der im Notfall nötige Gang zum IWF dürfte am Kapitalmarkt seine Wirkung nicht verfehlen. Zusätzlich soll es dann auch bilaterale Kredite der Euro-Partnerländer geben, aber nicht zu den günstigen IWF-Konditionen, sondern zu marktüblichen Zinsen, um keine Subvention zu geben.

Was bleibt, ist die Frage nach dem „bail out“. Für die Mitglieder der Europäischen Währungsunion gilt, dass kein Land für Schulden eines anderen haften darf. Nun ist ein bilateraler Kredit von Berlin für Athen nicht dasselbe wie die Übernahme der Haftung für die griechische Staatsschuld durch die Bundesrepublik. Aber verstößt nicht auch ein Kredit gegen den Geist des Maastrichter Vertrags? Ob ein Kredit gegen die Nichtbeistandsklausel verstößt würde oder ob Rechtsgutachten mit anderen Schlüssen wasserdicht sind, kann wohl nur das Bundesverfassungsgericht entscheiden. Wie auch immer: Das Vertrauen in den Euro wird mit einem solchen Manöver nicht gestärkt, und es ist schon länger angeknackst, wie man an der

Talfahrt des Euro am Devisenmarkt sieht.

Umso wichtiger ist, dass sich in den Köpfen der Bürger nicht der Eindruck verfestigt, eine ehemals stabile Währungsunion solle schrittweise zu einer Haftungsgemeinschaft und Transferunion umgebaut werden. Deshalb sollte man die Idee eines Europäischen Währungsfonds beendigen. Denn ein Euro-Schuldenfonds würde den fiskalpolitischen Sündenfall institutionalisieren und einem Finanzausgleich nach innerdeutschem Vorbild in der Währungsunion den Weg bereiten – mit schlimmen Folgen für die Länder, die in die Union einzahlen. Solange die Deutschen oder andere Einzahler nicht bereit sind, über die bestehenden Kohäsionsfonds hinaus für die

Wer künftig gegen den Stabilitätspakt verstößt, muss Fördergeld und Stimmrecht verlieren.

EU zu zahlen, verbietet sich jeder Finanzausgleich, weil man sonst das Vertrauen in den Euro zerstört.

Damit die Währungsgemeinschaft nicht noch einmal in eine so brisante Lage kommt, muss künftig die Haushaltspolitik der Mitglieder besser überwacht und gegebenenfalls auch früher eingegriffen werden. Eine Arbeitsgruppe unter Vorsitz des ständigen Ratsvorsitzenden Van Rompuy soll nun hierfür Vorschläge erarbeiten. Das ist kein Vertrauensbeweis für die EU-Kommission und ihren Präsidenten, die sich von Griechenland an der Nase herumführen ließen.

Damit ein geschärfter Stabilitätspakt wirkt, muss er weh tun. Deshalb sollte der wiederholte Verstoß gegen Stabilitätsregeln frühzeitig mit dem Verlust von Fördergeldern und Stimmrechten bestraft werden. Ganz am Ende sollte sogar das Ausscheiden aus der Währungsunion drohen. Wenn diese Konsequenz in der Gemeinschaft nicht mehrheitsfähig ist, kann die Insolvenz eines Mitgliedstaates nicht ausgeschlossen werden.

Die notwendige Schärfung des Stabilitätspakts, den übrigens ausgerechnet Deutschland und Frankreich vor für Jahren entschärft hatten, als sie selbst auf der Sünderbank saßen, hängt stark von der Zustimmung der südeuropäischen Länder ab. Wollen Portugal, Italien, Spanien, Griechenland oder andere Mitglieder wirklich schärfere Schuldenregeln? Die Bereitschaft hierfür ist relativ; sie hängt stark vom Druck der Kapitalmärkte ab. Sollte sich die Aufregung an den Märkten legen, schwindet die Einsicht in strengere Regeln. Die Euro-Gemeinschaft muss sich rasch auf eine griffige Reform des Pakts einigen: Auch damit sie vorbereitet ist, wenn die Investoren an den Märkten sich den nächsten Wackelkandidaten vornehmen.



Briefe an die Herausgeber 8
Bilder und Zeiten Z1
Kunstmarkt 35
Beruf und Chance C1
Impressum 4

Deutschland und die Welt 9
Zeitgeschehen 10
Wirtschaft 11
Die Lounge 13
Unternehmen 14

Menschen und Wirtschaft 16
Wetter 18
Medien 19
Finanzmarkt 19
Kurse 22
Sport 27

Feuilleton 31
Schallplatten und Phono 37
Medien 38
Hörfunk 38
Fernsehen 39

STREIFZÜGE

Telgte

Wieder eine Wahlfahrt

Wenn am 9. Mai in Nordrhein-Westfalen ein neuer Landtag gewählt wird, dann dürfen die Bürger von Telgte noch ein drittes Kreuz machen. Denn in der münsterländischen Gemeinde muss im mittlerweile dritten Anlauf endlich ein neuer Bürgermeister gewählt werden. Beim regulären Termin Ende August war es zu einer Panne gekommen: Versehentlich gaben Verwaltungsmitarbeiter etwa 500 Briefwahlzettel in den Reißwolf. Bei der Wiederholungswahl am 13. Dezember entschied sich eine hauchdünne Mehrheit gegen Amtsinhaber Dietrich Meendermann (CDU). Das war für ganz Telgte bitter: Weil Meendermann keinen Gegenkandidaten hatte, ist der Bürgermeisterstuhl noch immer verwaist.

Anfang Januar warf schließlich Wolfgang Pieper seinen Hut für die dritte Runde in den Ring. Pieper hat in den achtziger Jahren nicht nur die Grünen in der damals noch tiefschwarzen Gemeinde mit aufgebaut. Für Aufsehen sorgte der Sohn einer alteingesessenen Handwerkerfamilie auch, als er die erste WG in Telgte gründete. „Wir haben damals einfach unsere Nachbarn eingeladen. Und als die sich alle Zimmer angesehen und im Keller auch noch Konservendosen entdeckt hatten, waren die schlimmsten Befürchtungen ausgeräumt“, berichtet Pieper. Heute sind die Grünen in Telgte Volkspartei. Bei der Rats-Wiederholungswahl erreichten sie im Dezember mit 33,4 Prozent ihr bestes Kommunalergebnis in Nordrhein-Westfalen und sind hinter der CDU zweitstärkste Kraft.

Lange suchten CDU und FDP nach einem gemeinsamen Gegenkandidaten zu Pieper, der Fraktionsgeschäftsführer der Grünen im Landschaftsverband Westfalen-Lippe ist. Als die Einigungsversuche scheiterten, tat sich die Union vergangene Woche überraschend mit der SPD zusammen. Die CDU unterstützt nun den SPD-Mann Ingo Deitmer und einigte sich zudem mit den Sozialdemokraten auf ein Eckpunkteprogramm, das auch dann im Rat durchgesetzt werden soll, wenn Pieper gewinnt. Längst sehen manche Grüne Telgte auch deshalb als großkoalitionäres Menetekel für die Landtagswahl am 9. Mai. Während Deitmer schon fleißig dabei ist, die Gemeinsamkeiten von SPD und CDU hervorzuheben, verspricht Pieper vorsichtshalber: „Grün pur ab 10. Mai wird es nicht geben.“

REINER BURGER

Heute

Neues vom Nürburgring

Kurt Beck hat die Suche nach einem Investor für den Freizeitpark am Nürburgring, der manchem schon als Investitionsruine gilt, eingestellt. Der Steuerzahler werde nicht belastet, beteuert Beck. **Politik, Seite 4**

Berlusconi und kein Ende

In 13 der 20 Regionen Italiens wird am Sonntag und Montag gewählt. Doch die politische Debatte dreht sich wieder einmal nicht um die richtigen Themen, sondern nur um den Regierungschef. **Politik, Seite 5**

Sprit nach 22 Uhr schön kühl

Baden-Württemberg hat seit kurzem ein Gesetz, das den nächtlichen Verkauf von Alkohol verbietet. Es läuft ins Leere. Die Jugendlichen trinken munter weiter. **Deutschland und die Welt, Seite 9**

Mehl zur Kobrasuche

Die Monokelkobra, die ein Schlangenhalter in Mülheim entwischen ließ, ist immer noch verschwunden. Jetzt soll sie im total entkernten Haus Spuren hinterlassen. **Deutschland und die Welt, Seite 9**

Sicherheit vor Moskau

Polen wünscht sich „mehr Nato“ im Land. In Warschau erinnert man an die siebziger Jahre, als die Bundesrepublik Deutschland auch auf konkrete Solidarität angewiesen gewesen sei. **Zeitgeschehen, Seite 10**

Unübersichtlich

Jemaah Islamiyah ist die bekannteste Islamistengruppe in Indonesien. Aber sie ist offenbar längst nicht mehr die gefährlichste. Die Terror-szene zerfasert. Die Behörden tun sich schwer. **Zeitgeschehen, Seite 10**



Zu allem entschlossen: Kanzlerin Merkel bei ihrer Ankunft in Brüssel am Donnerstag

Foto Reuters

Der Aperitif als Kompromiss

Ernst, aber nicht feindselig sei der Empfang für Kanzlerin Merkel gewesen, hieß es nach dem EU-Gipfel in Brüssel. Da hatte sie sich in einem Streit, in dem sie allein gegen alle stand, schon durchgesetzt.

Von Nikolas Busse

BRÜSSEL, 26. März. Die Wandlung Angela Merkels von der eisernen Kanzlerin zur Kompromisskanzlerin kam am Ende in einem Aperitif zum Ausdruck. In den Tagen vor dem Brüsseler EU-Gipfeltreffen hatte die Bundesregierung gebetsmühenartig verbreitet, dass das Thema Griechenland gar nicht auf der Tagesordnung stehe; auch ein Sondertreffen der Euro-Länder erscheine wenig sinnvoll, man wisse gar nicht, was dort beschlossen werden könne. In Brüssel kam dann alles anders – Griechenland spielte eine große Rolle, es gab einen Beschluss und auch ein Treffen der Euro-Staaten. Dieses Treffen, auf diese Feststellung legte die deutsche Seite Wert, fand aber nicht als formale Arbeitssitzung statt, sondern als Aperitif vor dem gemeinsamen Abendessen der Staats- und Regierungschefs der EU: Die 16 Vertreter der Euro-Staaten nahmen ihren Aperitif getrennt von den elf Vertretern der Länder, die nicht der angeschlagenen Gemeinschaftswährung angehören.

Mit diesem Ergebnis zeigte sich die Kanzlerin trotzdem sehr zufrieden, denn deutsches Steuergeld bekommen die Griechen erst einmal nicht, sondern nur im äußersten Notfall. Ihr Wort von der „Ultima Ratio“, das sie am Morgen vor dem Gipfel im Bundestag gebraucht hat, findet sich in der Erklärung der Euro-Staaten wieder. Das heißt in der Welt der Diplomatie natürlich, dass die Bundesregierung sich durchgesetzt hat. Eine andere Frage ist, was die Kanzlerin dafür bekommt, dass sie nun doch einem Notmechanismus für die Griechen zugestimmt hat. Das sieht derzeit noch etwas vage aus: Eine Arbeitsgruppe unter dem ständigen Ratspräsidenten Van Rompuy soll bis Ende des Jahres „alle Optionen“ prüfen, um den Euro krisenfester zu machen. Die Deutschen verstehen darunter harte Sanktionen gegen Haushaltssünder, die bis zum Abschluss aus der Währungsunion reichen würden. In Brüssel waren am Freitag einige Würdenträger aber sehr skeptisch, dass es so weit kommt. Denn dazu müsste, was auch die Bundesregierung stets gesagt hat, der EU-Vertrag geändert werden.

Die deutsche „Vorherrschaft“
Die Pariser Tageszeitung „Libération“ mahnt Deutschlands Solidarität in der Europäischen Union an:

„Deutschland war lange Zeit der Pfeiler des Aufbaus Europas. Der gute Schüler der Gemeinschaftsklasse. Der treue Partner Frankreichs, mit dem vereint es entschlossen war, alle bösen Geister der Vergangenheit zu bannen. Jetzt erschüttert es die Grundsolidarität, ohne die es keine Union auf diesem Kontinent geben kann. Erst hat es auf dem Höhepunkt der Krise gezaudert. Dann hat es das Gespenst eines Ausschlusses Griechenlands aus der Gemeinschaft aufgeschreckt. . . Niemand verdächtigt Deutschland, die Vorherrschaft zu wollen. Doch alle fürchten seine Versuchung zum Alleingang. Er wäre tödlich für Europa.“

Wir müssen auf Merkel aufpassen
Zur Einstellung der Deutschen gegenüber Hilfen für Griechenland meint die Tageszeitung „The Times“ (London):

„Es war entscheidend, Griechenland vor dem Staatsbankrott zu retten. Es ist verständlich, dass die vorsichtigen Deutschen die verschwenderischen Griechen nicht freikaufen wollen. Viele Deutsche wollen Griechenland dafür bestrafen, dass sie ihr Haus nicht in Ordnung gehalten haben – aber das ist auch für die Deutschen nicht von Interesse. Europäische Banken halten hohe griechische Schulden, und der Bankrott des Landes würde eine neue Bankenkrise auslösen. . . Eine Sache ist klar: Wenn Deutschland in Europa die Führung übernimmt, dann muss die nächste britische Regierung ein ganz genaues Augenmerk auf Angela Merkel legen.“

Das kann Jahre dauern und viele interne Krisen und Streitereien hervorrufen, wie gerade erst die Vertragsreform von Lissabon gezeigt hat.

Für Frau Merkel, die in der EU bisher selten durch harte Bandagen aufgefallen ist, war dieser mittlerweile schon zweite Euro-Krisengipfel auch aus integrationspolitischen Gründen eine besondere Probe. Die harte Tonart, die Berlin in den vergangenen Tagen angeschlagen hatte, war im Rest Europas mit einer Mischung aus stillem Entsetzen und offenem Widerspruch aufgenommen worden. Die EU-Innenkommissarin Viviane Reding, eine Luxemburgerin, brachte die Gefühlslage wohl am deutlichsten auf den Punkt, als sie die Kanzlerin daran erinnerte, dass die anderen Europäer alle gezahlt hätten, um die deutsche Wiedervereinigung zu ermöglichen; jetzt sollten die Deutschen solidarisch sein. Da half es der Bundesregierung nicht viel, dass sie immer wieder darauf verwies, dass durchaus auch andere Staaten der Meinung seien, dass die Griechen ihre Suppe erst einmal selbst auflöffeln sollten. Denn irgendwie schienen diese anderen Staaten nur aus den Niederlanden zu bestehen. Deutschland gegen 25 andere, so wirkte das.

Die Bundeskanzlerin, die ohne Finanz- und Außenminister in Brüssel erschien, habe einen ernsten, aber nicht feindseligen Empfang erlebt, hieß es hinterher. Am Ende sei es weniger schlimm gewesen als erwartet; in der EU wüssten doch alle, dass man aufeinander angewiesen sei. Frau Merkel traf sich kurz vor Gipfelbeginn mit dem französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy, um die Grundelemente einer Einigung auszuarbeiten. Da ging es vor allem um die Frage, ob der Internationale Währungsfonds (IWF) beteiligt werden sollte, was Sarkozy lange als uneuropäische Lösung abgelehnt hatte. Frau Merkel machte deutlich, dass sie in diesem Punkt keinen Spielraum für Kompromisse hat, denn ihr sitzt seit dem Lissabon-Urteil das Bundesverfassungsgericht im Nacken, vor dem die Bundesregierung eine bilaterale Notzahlung an Griechenland höchstwahrscheinlich zu verteidigen hätte. Da wäre es hilfreich, wenn sie nachweisen kann, dass alle anderen Mittel ausgeschöpft waren, eben auch die des IWF. Sarkozy willigte schließlich ein, die anderen Euro-Mitglieder gaben beim Aperitif ihren Segen.

Die Euro-Krise wurde von einigen Gipfelteilnehmern auch als ein Zusammenprall der Kulturen erlebt, wie er in der EU häufiger zu beobachten ist. Die Deutschen reisten mit dem Bewusstsein an, dass die berühmte „no bail out“-Klausel des EU-Vertrags, nach der ein Euro-Staat nicht für die Schulden eines anderen ein-

stehen darf, zu Hause zum Allerheiligsten der Währungs- und Europapolitik gehört. In anderen Mitgliedstaaten spielte diese Vorschrift in der politischen Diskussion aber kaum eine Rolle, das Denken der dortigen Regierungen war offenbar geprägt von einem „Urmotiv“, wie das einer zusammenfasste – ohne dass sich die Betreffenden genau überlegt hätten, was sie das selbst kosten würde. Die Kanzlerin wollte da vor allem, dass die Länder, die einen großen Anteil an etwaigen Hilfen für Griechenland zu übernehmen hätten, wissen, auf was sie sich einlassen.

Zu jedem EU-Gipfel gehört auch die Interessenslage der Brüsseler Institutionen, die diesmal gar nicht mit denen des größten Mitgliedslandes in Einklang schienen. In den Tagen, als in Berlin noch versucht wurde, das Thema Griechenland von der Tagesordnung zu halten, begann Kommissionspräsident Barroso eine öffentliche Kampagne für einen Hilfsabschluss. Die Kanzlerin lässt sich gewöhnlich von so etwas aber nicht unter Druck setzen, auch nicht von Barrosos gefürchteten Daueranrufen. Letztlich verbuchte man Barrosos Haltung als verständlichen Versuch, der Kommission eine Aufgabe in der Krisenbewältigung zu verschaffen. Die Deutschen warben für ihre Position mit dem Hinweis, es gehe auch darum, in Deutschland den rechtsextremen oder antieuropäischen Kräften keinen Zulauf zu beschern. Das leuchtete jenen in der Kommission ein, die die jüngste Griechenland-Berichterstattung der deutschen Boulevardpresse als fremdenfeindlich, fast rassistisch empfunden hatten.

Auf der Suche nach der eigenen Rolle ist dagegen immer noch der ständige Ratsvorsitzende Van Rompuy. Er bot in Berlin und Paris seine Vermittlerdienste an, fand damit aber kein Gehör. Man sei ja nicht der Nahe Osten, hieß es; Frau Merkel und Sarkozy könnten direkt miteinander telefonieren. Die Bundesregierung wird ihm wohl auch auf die Finger sehen, wenn er nun die Arbeitsgruppe leitet, die sich mit der Zukunft der Euro-Regeln befasst. Hier könne nichts gegen ihren Willen beschlossen werden, hielt Frau Merkel am Freitag vor der Presse unter Verweis auf das Prinzip der Einstimmigkeit fest, das bei Vertragsänderungen in der EU gilt.

Das ZDF veröffentlichte am Freitag, wenige Stunden nach dem Gipfel, eine Umfrage in Deutschland zu möglichen Hilfen für Griechenland. 68 Prozent der Befragten lehnten deutsche Kredite für das Land ab, nur 28 Prozent waren dafür. Am höchsten war die Ablehnung bei den Parteigängern der Bundesregierung: 79 Prozent bei den FDP-Anhängern und 73 Prozent der Unions-Anhängern.

STIMMEN DER ANDEREN

Von der „Grand Old Party“ zur „Old Hate Party“?

Zu den Reaktionen der amerikanischen Republikaner auf die Gesundheitsreform Präsident Barack Obamas heißt es in der Wiener Tageszeitung „Die Presse“:

„Die Republikaner, die ‚Grand Old Party‘, ist auf bestem Wege, zur ‚Old Hate Party‘ zu werden. Denn es ist schon abenteuerlich, mit welchem Hass, mit welcher Rachsucht und Verblissenheit die Republikaner gegen Obamas Gesundheitsreform ankämpfen. Sarah Palin etwa . . . fordert die Amerikaner dazu auf, sich nicht zurückzuziehen, sondern ‚nachzuladen‘ (reload!) . . . Armes Amerika, sollten die Republikaner die Spaltung der Gesellschaft immer weiter vorantreiben wollen.“

Die Kirche darf keine Festung sein

Im Mailänder „Corriere della Sera“ lesen wir zur Situation der katholischen Kirche im Blick auf den zunehmenden Druck durch Missbrauchs-Skandale:

„Die römisch-katholische Kirche erlebt einen der wohl schwersten Momente des Pontifikats von Benedikt XVI. In seinem Hirtenbrief an die irischen Katholiken hat der Papst mutig den sexuellen Missbrauch von Minderjährigen unter dem Dach der Kirche und die daraus erwachsenen Gefühle der Scham, des Verrats und des Vertrauensverlustes behandelt. . . Die schlechteste Lösung für die katholische Welt wäre es nun, ein laizistisches internationales Komplott zu vermuten und sich in einer undurchdringlichen Festung einzugeln. Vielmehr muss es Aufgabe der Kirche sein, von sofort an nichts mehr zu verbergen, um auf dem Weg der Wahrheit und der Transparenz, den Benedikt selbst vorgezeichnet hat, diese schwere Schlacht zu gewinnen.“

Fortsetzung von Seite 1

Merkel verteidigt Notfallhilfe

Die Einbeziehung des IWF, die auf Drängen Frau Merkels beschlossen wurde, war in den Vorschlägen der Euro-Gruppe der vergangenen Woche noch nicht enthalten gewesen. Die Brüsseler Kompromissformel berücksichtigt allerdings auch den französischen Wunsch nach einer (primär) europäischen Lösung: Sollte die „Mischlösung“ von IWF- und Euro-Krediten benötigt werden, müsste der „Mehrheitsanteil“ aus europäischen Mitteln bereitgestellt werden.

Die Euro-Staaten setzten außerdem eine Arbeitsgruppe unter Vorsitz des Ständigen Präsidenten des Europäischen Rates, Van Rompuy, ein. Sie soll bis Jahresende Vorschläge erarbeiten, mit denen künftig ausgeschlossen werden soll, dass sich ein „Fall Griechenland“ wiederholt. Der Arbeitsauftrag an die Gruppe ist allgemein formuliert: Sie soll „alle Möglichkeiten zur Stärkung des Rechtsrahmens“ sondieren. Frau Merkel sagte, dies könne auf eine Schärfung der Europäischen Verträge hinauslaufen, wie sie für den von Finanzminister Schäuble vorgeschlagenen Europäischen Währungsfonds notwendig wäre. Zu denken sei aber auch an Rechtsänderungen unterhalb der Verträge.

Ihre Forderung, künftig den Abschluss bestimmter Staaten aus der Währungsunion vorzusehen, wiederholte die Kanzlerin in Brüssel nicht. Während Frau Merkel für eine Schärfung des EU-Stabilitätspakts warb, forderte Sarkozy eine Weiterentwicklung seiner Ideen zu einer „Wirtschaftsregierung“. Aus der Kommission verlautete dazu, die Behör-

de werde die Idee weiter vorantreiben. Noch gebe es in der Runde der Staaten jedoch unterschiedliche Vorstellungen dazu, was unter dem Wort „Wirtschaftsregierung“ zu verstehen sei. So habe es schon bei der Wahl des richtigen Wortes für die Abschlusserklärung des Gipfeltreffens Streit gegeben. Der britische Premierminister Brown schloss eine Vertragsänderung – die einstimmig beschlossen werden müsste – aus. Er habe seine Ablehnung „exakt so Kanzlerin Merkel gesagt“. Auch aus der Europäischen Kommission hieß es, jeder Versuch, den Vertrag von Lissabon zu ändern, sei zum Scheitern verurteilt. Andere Staaten würden sofort weitere Änderungswünsche anmelden.

Der Vorsitzende der Euro-Gruppe und luxemburgische Regierungschef Junker lobte die Einigung. „Sonst hätten wir den Märkten noch über Wochen oder Monate das Schauspiel geboten, dass wir uns nicht auf ein Instrument verständigen können.“ Er hätte eine reine EU-Lösung bevorzugt, sehe aber ein, dass Frau Merkel aus innenpolitischen Gründen nicht anders handeln könne. Die Einbeziehung des IWF vermeide den Eindruck, dass die möglichen Hilfen für Griechenland gegen das Verbot verstießen, für die Schulden eines anderen EU-Staates einzutreten. Er habe „nach unzähligen Telefonaten mit Frau Merkel“ zur Kenntnis genommen, „dass es in Deutschland eine Debatte gibt, die es in der Form und der Intensität in anderen Euro-Staaten nicht gab und auch nicht geben wird“.

Zustimmung aus Athen

Regierung und Opposition heißen Notfallplan gut

tens. ISTANBUL, 26. März. Griechens Regierung sowie der Vorsitzende der größten griechischen Oppositionspartei haben sich zufrieden über den Notfallplan für ihr Land geäußert. Ministerpräsident Papandreu sprach am Freitag davon, durch die in Brüssel erreichte Entscheidung sei ein „viel besserer Weg“ beschritten worden. Von der Regierung aus Athen hieß es, der Beschluss habe das Risiko der griechischen Zahlungsunfähigkeit beseitigt, wodurch Griechenland an zinsgünstigere Kredite zur Refinanzierung gelangen sollte. „Es ist gut, dass es jetzt einen Plan gibt, von dem wir glauben, dass er unseren Bedürfnissen voll entspricht. Die Vereinbarung sieht die Schaffung eines Mechanismus vor, der im Wesentlichen europäisch ist, an dem sich der Internationale Währungsfonds aber auch beteiligen wird. Wir haben um die Schaffung eines Unterstützungsmechanismus gebeten, und es war zu erwarten, dass der IWF eine Rolle spielen würde“, sagte ein Sprecher. Die Lösung wer-

de den Märkten Stabilität vermitteln und eine gute Wirkung auf die griechische Wirtschaft haben, so der Sprecher.

Auch hohe Funktionäre der Regierungspartei „Panhellenische Sozialistische Bewegung“ (Pasok), über deren Loyalität zu Papandreu in Zeiten der Krise mehrfach spekuliert wurde, zeigten sich „vollauf zufrieden“. Oppositionsführer Samaras, Vorsitzender der bis zum Herbst vergangenen Jahres regierenden Volkspartei Nea Dimokratia, die den Sparkurs der Regierung bisher unterstützt, hat Papandreu ohnehin ausdrücklich „volle Unterstützung“ zugesagt. In den Medien wurde festgestellt, dass die deutsch-griechischen Beziehungen als Folge der Krise so schlecht seien wie schon lange nicht mehr. Es gilt als ausgemacht, dass Bundeskanzlerin Merkel eine schnelle Rettung Griechenlands verhindert und deutsche Interessen im Bewusstsein von Berlins wirtschaftlicher Macht rücksichtslos durchgesetzt hat.

Knapp drei Jahre Haft für Wolski

Frankfurter Anwalt wegen Steuerhinterziehung verurteilt

holl. MAINZ, 26. März. Der Frankfurter Rechtsanwalt Michael Wolski ist vom Landgericht Darmstadt am Freitag wegen Steuerhinterziehung in Millionenhöhe zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und zehn Monaten verurteilt worden. Das Gericht befand den 61 Jahre alten Angeklagten nach fünf Monaten Prozessdauer für schuldig, zwischen 1999 und 2003 in 52 Fällen Steuern in Höhe von insgesamt 1,66 Millionen Euro hinterzogen zu haben. Mit seinem Strafmaß blieb das Gericht unter der Forderung der Anklage, die eine Haftstrafe von drei Jahren und neun Monaten verlangt hatte.

Der Fall hat auch eine politische Bedeutung, da die Ehefrau des Angeklagten, Karin Wolski, Richter in am Hessischen Staatsgerichtshof ist. Die Opposition im Landtag aus SPD, Grünen und Linkspartei fordert ihren Rücktritt. Die Opposition vermutet, dass die CDU-ge-

führte Landesregierung aus politischer Rücksichtnahme auf Ermittlungen gegen Frau Wolski verzichtet habe. Die der CDU angehörende Juristin war 2003 von ihrer Partei als Mitglied des Staatsgerichtshofs nominiert worden. Michael Wolski ist seit Jahren der Anwalt der Witwe eines vermögenden Frankfurter Immobilienunternehmers, den er bis zu dessen Tod 2006 ebenfalls vertrat. Im Laufe der Jahre erhielt Wolski Zuwendungen des Ehepaars und dann der Witwe in Millionenhöhe. Von diesen vom Gericht zum Teil als Schenkungen eingestuft Zuwendungen profitierte offenbar auch Frau Wolski, die zusammen mit ihrem Mann steuerlich veranlagt ist. Zeugen hatten in dem Prozess immer wieder ausgesagt, dass die Angeklagte eine Liebesbeziehung zu der 87 Jahre alten Witwe unterhalten habe, die Grund für die großzügigen Schenkungen an Wolski gewesen sei.

Es soll nicht nur ums „Immer billiger“ gehen

Zum Mindestlohn künftig auch in der Pflegebranche bemerkt die „Rheinpfalz“ (Ludwigshafen):

„Die Vereinbarung über einen Mindestlohn für die rund 800 000 Pflegekräfte zeigt: Lohnuntergrenzen haben Konjunktur. Bei diesem Thema haben linke Politiker und Gewerkschafter mittlerweile auch zahlreiche Arbeitgeber an ihrer Seite. Mögen die Problemlagen und die daraus entspringenden Motive sich auch unterscheiden, eines eint die Befürworter von Mindestlöhnen: Sie wollen einem unbegrenzten, in Teilen desaströsen Wettbewerb, in dem es nur noch ums ‚Immer billiger‘ geht, einen Riegel vorschieben. Zumal dieser Wettbewerb sich weiter verschärfen dürfte, wenn 2011 die Grenzen für Arbeitnehmer aus Osteuropa endgültig fallen werden. Dann drohen die jetzt schon in manchen Fällen beschämend niedrigen Löhne weiter abgesenkt zu werden.“

Warum die Bankenabgabe zum Zocken einlädt
Das „Handelsblatt“ (Düsseldorf) beschäftigt sich mit dem Thema Bankenabgabe:

„Wenn mit der geplanten ‚Bankenabgabe‘ ein Fonds gespeist wird, der marode Banken auffängt, dann gibt es noch eine Institution mehr, die unverantwortliche Institute zum Zocken einlädt, nach dem Motto: Wenn es schiefeht, hilft uns jemand. Wer glaubt denn, dass dieser Fonds den Staat als letzte Rettungsinstanz tatsächlich ersetzen kann? Wenn ein Konzern von der Größe der Deutschen Bank oder der Commerzbank in Schieflage gerät, wird kein Fonds genug Geld haben, ihn aufzufangen. Daher ist er kein Ersatz für Staatshilfe, sondern nur ein zusätzlicher Geldtopf, der falsche Anreize setzt.“

Merkels Ultima Ratio wird europäisch

Die Euro-Staaten hoffen weiterhin, dass die Hilfe an Griechenland nie nötig wird. Das gilt auch für die Kanzlerin: Die Brüsseler Lösung wirft Verfassungsfragen auf.

Von Werner Mussler

BRÜSSEL, 26. März. Bekommen die Griechen nun Hilfe oder nicht? Die Staats- und Regierungschefs der Euro-Staaten haben in der Nacht zum Freitag einige Mühe aufgewandt, um diese Frage zugleich in der Luft hängen zu lassen und zu beantworten. In ihrer Erklärung wird einerseits die Sprachregelung wiederholt, dass Griechenland keine finanzielle Unterstützung beantragt habe und deshalb „heute keine Entscheidung zur Aktivierung des nachstehend genannten Mechanismus getroffen“ worden sei. Die Hoffnung ist weiterhin, dass dieser „Mechanismus“ nie benötigt wird. Andererseits ist der „Mechanismus“ für den Fall der Fälle im Detail ausgearbeitet und beschlossen worden. Das Signal des Brüsseler „Doppelbeschlusses“ an die Märkte lautet: Im Prinzip ist die Lage der Griechen gar nicht so schlecht. Sollte Athen in den kommenden Monaten aber doch Refinanzierungsprobleme bekommen, stehen die Euro-Staaten zusammen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) bereit.

Der Kern der Entscheidung besteht in der Formulierung, die Euro-Staaten seien „bereit, im Rahmen eines Pakets, das eine erhebliche Finanzierung durch den IWF und einen Mehrheitsanteil aus europäischen Finanzmitteln umfasst, zu koordinierten bilateralen Darlehen beizutragen“. Die auf deutsche Forderungen zurückgehende Einbeziehung des IWF war in den Vorschlägen der Euro-Gruppe noch nicht enthalten gewesen. Die Einigung auf einen europäischen „Mehrheitsanteil“ soll dagegen all jene beruhigen, die eine IWF-Intervention mit dem Argument abgelehnt hatten, Europa müsse seine Probleme selbst lösen können.

Das mögliche Volumen der bilateralen Kredite bleibt in der Erklärung offen. Da sich der Athener Bedarf im Notfall nicht vorab quantifizieren lasse, seien alle Schätzungen dazu Spekulation, hieß es in der deutschen Delegation. Geklärt wurde nur der Schlüssel, nach dem die einzelnen Staaten zu den Krediten beitragen müssten: Er richtet sich nach dem Kapitalschlüssel der Europäischen Zentralbank. Bei der angestrebten Beteiligung aller 15 Euro-Staaten entfielen ein Anteil von 27 Prozent auf Deutschland.

Dass die Euro-Staaten ihre Hilfsbereitschaft am Ende vorsichtiger formulierten, als es etwa EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso noch vor einer Woche gefordert hatte, ging offenbar auf eine schlechte Erkenntnis zurück: Durch bilaterale Kredite würde der finanzielle Spielraum aller Euro-Staaten eingeschränkt, nicht nur der deutsche. So fiel es Merkel nicht allzu schwer, ihre Position in der Erklärung unterzubringen, der „Mechanismus“ sei als „Ultima Ratio“ zu



So wird's gemacht! Bundeskanzlerin Angela Merkel während der Brüsseler Verhandlungen im Gespräch mit Herman Van Rompuy, dem Präsident des Europäischen Rats. Nach der Einigung mit den Franzosen setzte die Christdemokratin durch, dass der Internationale Währungsfonds auch für in Not geratene Staaten des Euro-Raums der erste Ansprechpartner sein muss. Der Aufbau eines europäischen Pendants ist dagegen vom Tisch.

Foto Reuters

betrachten, was „insbesondere bedeutet, dass die Finanzierung über den Markt nicht ausreicht“. Auf deutsches Drängen wurden weitere Hürden eingebaut.

So können bilaterale Kredite erst ausbezahlt werden, wenn sie an strenge Bedingungen geknüpft werden, die EU-Kommission und die Europäische Zentralbank (EZB) zuvor ihr Urteil abgegeben haben und die Euro-Gruppe die Kredite einstimmig beschlossen hat. Zu den weiteren Einschränkungen zählt, dass die Finanzmittel „nicht zu durchschnittlichen Zinssätzen des Euro-Raums“ gewährt werden sollen. Die Zinssätze sollten „kein Subventionselement“ enthalten, heißt es weiter. Diese Formulierung geht über die Tatsache hinweg, dass jeder Kredit, der erst nach Ausschöpfung des Marktangebots gewährt wird, per Definition ein „Subventionselement“ enthält.

Dass das Bundesverfassungsgericht in Brüssel unsichtbar am Tisch saß, wurde mehr als einmal deutlich. In der Erklärung kommt dies im Satz zum Ausdruck, dass die „Beschlüsse im Rahmen dieses

Mechanismus in voller Übereinstimmung mit dem Vertragsrahmen und den nationalen Rechtsvorschriften gefasst“ werden. Merkel konnte in den Verhandlungen darauf verweisen, dass jede Hilfe, die nicht als „Ultima Ratio“ gewährt würde, von den Karlsruher Richtern wohl kassiert würde. Vor allem deshalb legte die Bundesregierung großen Wert auf den IWF. Jene Spezialregelung des Lissabon-Vertrags, die ein „Herauspauken“ (Bail-out) eines Mitgliedstaats – etwa im Falle von Naturkatastrophen – ermöglicht, kommt nun nicht zur Anwendung, genauso wenig wie die allgemeine Regelung, auf die Barroso seinen Hilfsappell von vergangener Woche stützte. Die Erklärung beruft sich vielmehr auf gar keine Rechtsgrundlage – was die Frage aufwirft, warum es sich bei der jetzt gefundenen Lösung nicht doch um ein „Bail Out“ handelt, das die Europäischen Verträge gerade verbieten. Die Deutung der Kanzlerin lautet, dass bilaterale Kredite so lange kein „Bail Out“ darstellen, solange sie kein Subventionselement enthielten. Mit

Blick auf Karlsruhe ist offenbar zusätzlich wichtig: Merkel könnte sich im allergrößten Notfall darauf berufen, dass sie im Notfall eine abermalige Finanzkrise verhindern würde – und so im Sinne ihres Amtseides „Schaden vom deutschen Volk abwenden“ könnte. Akut wird die Frage wohl erst, sollten die Kredite ausgelöst werden müssen.

Inhaltlich sehr offen ist der Auftrag an die Arbeitsgruppe formuliert, die bis zum Jahresende Vorschläge zur verbesserten „Überwachung von wirtschaftlichen Risiken und Haushaltsrisiken“ und einen neuen „Rahmen zur Krisenbewältigung“ erarbeiten soll. Während Deutschland darauf beharrt, dass die Gruppe vor allem die Schärfung des EU-Stabilitätspakts zum Ziel habe, sieht sich Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy darin bestätigt, dass jetzt alles auf eine europäische Wirtschaftsregierung hinauslaufe. Die Kanzlerin räumte ein, dass sie darüber mit dem Franzosen „intensiv diskutiert“ habe – und in dieser Frage nicht ganz mit ihm einig sei.

Die deutsche Eisenkugel - Pressestimmen aus dem Ausland

■ Frankreich

Liberation: „Die deutsche Eisenkugel – Deutschland setzt Minimalhilfe für Griechenland durch“

Les Echos: „Europa entschließt sich, den IWF zu Hilfe zu rufen“

■ Italien

Corriere della Sera: „Ein schöngeschminkter Misserfolg“.

La Repubblica: „Im Nebeneinander von langfristigen Visionen und primitiven Impulsen von nationaler Überheblichkeit, war die monetäre Integration Europas für Deutschland immer etwas Widersprüchliches: Deutschland konnte nicht mit ihr, aber auch nicht ohne sie leben“.

Il Sole 24 Ore: „Findet Euch damit ab: Der Euro ist schwach, doch sein Schicksal ist es, wieder stark zu werden“.

■ Griechenland

Ta Nea: „Uff, wir können aufatmen! Ganztagsthriller in Brüssel.“

Apogevmatini: „Merkel nahm einige wenige Schritte zurück und setzte sich durch.“

Ethnos: „Ein weiches Kissen, falls wir fallen. Mit dem Jubeln abwarten, weil der Teufel im Detail steckt.“

Eleftherotypia: „Die Merkelisierung der EU und die katastrophalen Folgen des IWF.“

Ethnos: „Ein goldenes Geschenk von Trüch und eine Erlösung für griechische Banken.“

■ Belgien

Le Soir: „Merkel setzt ‚ihren‘ Rettungsplan für Griechenland durch“

De Standaard: „Kompromiss rettet das Gesicht der Eurozone. Wie Merkel und Sarkozy sich versöhnten“

De Morgen: „Griechenland kann jetzt beim IWF und der Eurozone anknöpfen. Die neue ‚Iron Lady‘ ist eine Deutsche“

Bundesrat billigt Etat und Milliardenzuschüsse

enn. BERLIN, 26. März. Der Bundeshaushalt 2010 ist Gesetz. Der Bundesrat ließ am Freitag den Etat passieren, der Ausgaben von 319,5 Milliarden Euro vorsieht. 80,2 Milliarden werden durch Schulden finanziert. In der Debatte forderten mehrere Länder eine Haushaltskonsolidierung und äußerten Zweifel am Nutzen weiterer Steuersenkungen. Der Bundesrat billigte zudem Milliarden-Finanzhilfen für die Sozialkassen: Zum Ausgleich der Einnahmeausfälle wegen der Wirtschaftskrise unterstützt der Bund die Bundesagentur für Arbeit mit einem Steuerzuschuss von 12,8 Milliarden und den Gesundheitsfonds mit zusätzlich 3,9 Milliarden Euro. Die Freibeträge für das Schonvermögen von Hartz-IV-Empfängern werden von 250 Euro auf 750 Euro je Lebensjahr erhöht. Überdies wehren sich die Länder gegen die geplante Senkung der Solarstromförderung. In einem Entschließungsantrag forderten sie die Bundesregierung zu einer Kürzung um nur 10 Prozent auf. Die Koalition plant hingegen Kürzungen um bis zu 16 Prozent. Für Solaranlagen auf Ackerflächen soll es keine Vergütung mehr geben.

EuGH schafft Klarheit im Vergaberecht

sfu. FRANKFURT, 26. März. Kommunen müssen für Grundstückverkäufe nicht das europäische Vergaberecht anwenden, wenn die öffentliche Hand selbst kein unmittelbares wirtschaftliches Interesse an dem Projekt verfolgt. Das hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) in einem Grundsatzzurteil entschieden (Az. C-451/08). „Die Rechtsunsicherheit, ob allein städtebauliche Interessen für die Begründung eines vergaberechtspflichtigen öffentlichen Bauauftrages genügen, ist vom Tisch“, kommentierte Holger Schröder von der Anwaltskanzlei Rödl & Partner die Entscheidung. Nach einer Entscheidung des Oberlandesgerichts Düsseldorf aus dem Jahr 2007 im sogenannten Ahlhorn-Fall schienen zunächst Grundstückstransaktionen zwischen Kommunen und Projektentwicklern, die nicht europaweit ausgeschrieben wurden, schwebend unwirksam oder gar nichtig zu sein.

„16 Milliarden Euro weniger Mittelstandsbauch“

Der FDP-Steuerpolitiker Hermann Otto Solms pocht auf den Koalitionsvertrag

hig/mas. BERLIN, 26. März. Die FDP kommt der Union in der Steuerpolitik entgegen. Verhandlungsspielräume gebe es beim Volumen der geplanten Entlastung, beim Zeitpunkt und in der Gestaltung des Steuertarifs, sagte Hermann Otto Solms im Gespräch mit dieser Zeitung. Solms arbeitet im Auftrag seiner Partei an einem Reformvorschlag für die Einkommensteuer, der auf dem FDP-Parteitag Ende April vorgestellt wird. Es gehe nun um eine Steuersenkung von rund 16 Milliarden Euro, sagte Solms. Im Koalitionsvertrag seien zwar 24 Milliarden Euro vorgesehen, doch seien die schon durchgesetzten Entlastungen abzuziehen. Das Sofortprogramm für Familien, die Änderung der Unternehmensteuerreform und die Erbschaftsteuer addierten sich auf 7,4 Milliarden Euro. Demnach stünden noch 16,6 Milliarden Euro aus. Dabei seien die 900 Millionen Euro für die Hotels nicht berücksichtigt. Darüber schweige sich der Koalitionsvertrag aus. So folgert Solms: „Wir halten uns an den Vertrag, 16,6 Milliarden Euro stehen zur Disposition. Über 900 Millionen Euro können wir verhandeln.“

Die Stoßrichtung der Reform beschrieb Solms mit den Worten: „Wir wollen den Eingangsteuersatz und den Spitzensteuersatz nicht verändern, sondern uns allein auf die Ungerechtigkeit des heutigen Tarifs konzentrieren, den Mittelstandsbauch.“ Wie der FDP-Politiker hervorhob, steigt die Belastung im unteren und mittleren Tarifbereich am stärksten. Die Bezieher höherer Einkommen hätten einen geringeren Tarifanstieg und eine geringere Sozialabgabenquote, weil von einem bestimmten Einkommen an keine weiteren Sozialabgaben mehr anfielen. „Deswegen muss sich die Entlastung auf Einkommen zwischen 15 000 und 50 000 Euro im Jahr konzentrieren.“

Die FDP wird nach den Worten des FDP-Politikers einen Tarif mit fünf Stufen vorschlagen, darin eingeschlossen sei die Stufe der sogenannten Reichensteuer. „Wir sind darauf nicht festgelegt“, sagt Solms. „Aber mehr als fünf Stufen wollen wir nicht.“ Details wollte er nicht nennen, auf dem Parteitag werde es aber Beispielrechnungen geben. „Man muss offen

bleiben für Verhandlungen in der Koalition.“ Zum Termin der weiteren Entlastung sagte er: „Die Union wollte diese möglichst im Jahr 2011, wir wollten sie spätestens 2012, damit sie mit der Steueranalogie im Jahr 2013 voll wirksam wird.“ Beide Varianten seien möglich. „Wenn es 2011 geht, ist es mir auch recht. Ich sage nur: spätestens 2012.“

Hauptgewicht der Reform soll nach seinen Worten auf der Vereinfachung lie-

werbesteuer hat auch den Kommunen zu denken gegeben.“ Die Skepsis, dass es am Ende nur eine Entlastung der Kommunen von Sozialausgaben geben könne, teile er nicht, wollte das aber auch nicht ausschließen. „Ein Junktim gibt es nicht.“ Ziel sei es, die Gewerbesteuer durch ein gemeindefreundliches Finanzsystem zu ersetzen. Die Städte sollten zum Ausgleich deutlich mehr von der Umsatzsteuer erhalten und einen Zu-



Hermann-Otto Solms

Foto Aris

gen. Die 19 Vorschläge aus dem Koalitionsvertrag sollten angereichert werden. So solle für normale Arbeitnehmer die Steuererklärung schon ausgefüllt dem Bürger zugemalt werden, damit müsse dieser nur noch unterschreiben. „Die Masse der Steuerzahler muss dann keine Steuererklärung mehr ausfüllen.“ Dies hatte allerdings auch schon die große Koalition angekündigt.

Große Hoffnungen setzt der FDP-Politiker auf die Kommission, die zur Reform der Kommunalfinanzen eingerichtet wurde. „Wenn es gelingt, die Gewerbesteuer zu ersetzen, dann können wir die Besteuerung der Unternehmen drastisch vereinfachen.“ Auf den Einwurf, dass die Städte, die über die stärkste Lobby in Berlin verfügen, dies nicht wollten, sagte er: „Der starke Einbruch der Ge-

schlag auf die Einkommen und Körperschaftsteuer erheben dürfen – dies allerdings nur in gleicher Höhe, damit die Kapitalgesellschaften nicht gegenüber Personengesellschaften benachteiligt werden könnten.“ Den Hebesatz können die Gemeinden selbst festlegen.“

Aus dem einen ergibt sich nach den Worten von Solms das andere: „Wenn wir die Gewerbesteuer durch andere Finanzquellen der Kommunen ersetzen, könnte das Instrument der verdeckten Gewinnausschüttung wegfallen. Das ist bei jeder Betriebsprüfung ein Streitfall.“ Auf die Frage nach weiteren Zielen antwortete er: „Außerdem wollen wir, dass sich Unternehmen umstrukturieren können, ohne auf das Steuerrecht Rücksicht nehmen zu müssen. Vorbild ist Österreich.“

Widerstand gegen EU-Strategie

Armuts- und Bildungsvorgaben einigen Ländern zu strikt

hmK. BRÜSSEL, 26. März. Der Kommissionsvorschlag zu einer neuen EU-Wachstumsstrategie ist unter den EU-Staaten auf Widerstand gestoßen. Mehrere der 27 EU-Staats- und Regierungschefs lehnten am Freitag während des EU-Frühjahrgipfeltreffens in Brüssel die Festlegung nationaler Vorgaben für das Bildungsniveau und den Abbau der Armut ab. Aus Diplomatengereisen hieß es, zu den Kritikern gehörten insbesondere die Nordeuropäer. Auch die deutsche Regierung sperrt sich dagegen. Die Kritiker werfen der Kommission vor, mit der Festlegung von Bildungszielen und Vorgaben für die Armutsreduktion ihre im Vertrag von Lissabon fixierten Kompetenzen zu überschreiten. Kommissionspräsident José Manuel Barroso sagte am Freitag, die EU-Staaten hätten das grundsätzliche Ziel der Wachstumsstrategie bestätigt. Über Detailziele könne die EU in den kommenden Monaten verhandeln. Die Strategie müsse aber eine soziale Komponente haben, um von den Menschen akzeptiert zu werden.

Die Staats- und Regierungschefs sollen die „2020-Strategie“ während des

Gipfeltreffens im Juni endgültig verabschieden. Sie soll die gescheiterte Lissabon-Agenda ablösen, welche die EU bis 2010 zur wettbewerbsfähigsten Region der Welt machen sollte. Barroso will mit der neuen Strategie fünf Kernziele verankern. So sollen die Mitgliedstaaten die Zahl der von Armut bedrohten Menschen in der EU um 20 Millionen verringern. Außerdem soll der Anteil der Hochschulabsolventen in der Gruppe der 30- bis 34-Jährigen von heute durchschnittlich 31 auf 40 Prozent steigen. Letzteres lehnen die deutschen Bundesländer ab. Unumstritten ist, dass die Beschäftigungsquote der 20- bis 64-Jährigen von 68 auf 75 Prozent und die Forschungsausgaben auf 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigen sollen. Das gilt für die schon beschlossenen Klimaschutzziele, die in die Strategie einfließen sollen. Für Diskussionen dürfte noch führen, dass die Kommission mit der Strategie konkrete Empfehlungen für die einzelnen Staaten aussprechen, einen Zeitrahmen für ihre Umsetzung vorgeben und beim Verfehlen der Vorgaben Verwarnungen aussprechen will.

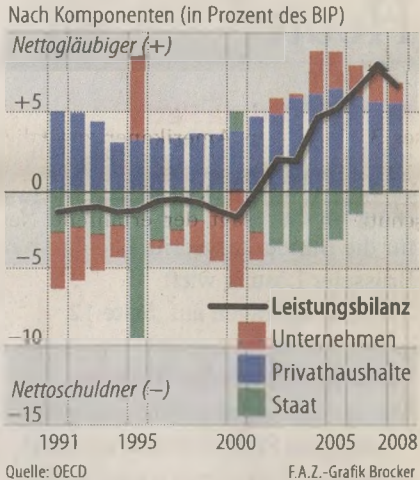
OECD fordert mehr Innovationen

Deutschland muss sich für Produktivität nicht schämen

rike. BERLIN, 26. März. Deutschland ist glimpflich durch die Krise gekommen, muss nun aber den Sprung zu mehr Innovationen und mehr Investitionen im Inland schaffen. Zu diesem Schluss kommt die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in ihrem Deutschland-Bericht. Insgesamt rechnet die Organisation damit, dass die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr um 1,3 Prozent und im nächsten um 1,9 Prozent wachsen wird. Dass der deutsche Arbeitsmarkt die Krise recht gut überstanden habe, sei weniger ein „German Wunder“ als vielmehr das Ergebnis von Reformen, einer pragmatischen Strategie der Sozialpartner und der Ausweitung der Kurzarbeit, sagte OECD-Generalsekretär Angel Gurría, der den Bericht am Freitag in Berlin vorstellte. Er warnte allerdings davor, die Förderung der Kurzarbeit über das laufende Jahr hinaus zu verlängern.

Auch das deutsche Staatsdefizit sei in der Wirtschaftskrise weniger stark gestiegen als in anderen großen Volkswirtschaft. Gurría lobte in diesem Zusammenhang die Schuldenbremse im Grundgesetz als „ein starkes, positives Signal an die Märkte“. Um diese neue Regel auch wirklich einhalten zu können, empfiehlt die OECD vor allem staatliche Ausgabenkürzungen, weil sie weniger wachstumsschädlich seien als Steuererhöhungen. Sollten trotzdem höhere Steuereinnahmen angestrebt werden, schlägt die Organisation vor, Vergünstigungen abzubauen. Mit Blick auf die Steuersenkungsdebatte sagte Gurría, jede Senkung würde später eine höhere Konsolidierung nach sich ziehen. Zum Streit über die deutsche Exportstärke

Deutsche Leistungsbilanz



„Open Skies“-Pakt erweitert

EU und Nordamerika wollen Luftverkehrsmarkt öffnen

hmK/ufe. BRÜSSEL, 26. März. Die EU und die Vereinigten Staaten haben sich auf eine weitere Öffnung ihrer Luftverkehrsmärkte verständigt. Aufbauend auf dem vor drei Jahren von beiden Seiten vereinbarten Open-Skies-Abkommen sehe die neue Vereinbarung unter anderem einen besseren Marktzugang der Fluggesellschaften zu innereuropäischen und inneramerikanischen Flugstrecken vor, teilte die Europäische Kommission am Freitag in Brüssel mit.

Theoretisch erlaubt das neue Abkommen europäischen Investoren, die Mehrheit an amerikanischen Fluglinien zu übernehmen. Dabei muss der Kongress in Washington jedoch die rechtliche Grundlage schaffen. Bisher dürfen ausländische Investoren nicht mehr als 25 Prozent der stimmberechtigten Aktien besitzen.

Ob diese Gesetzesänderung eine Mehrheit im Kongress findet, gilt als offen. Abhängig von dessen Entscheidung werde die EU die Regeln für die Beteiligung amerikanischer Investoren

an EU-Fluglinien anpassen, teilte die Kommission mit.

Der internationale Luftfahrtverband IATA reagierte enttäuscht auf die Vereinbarung: „Für die wirtschaftliche Prosperität der Luftfahrt sind wechselseitige Beteiligungen ohne Auflagen zwischen den Fluggesellschaften in beiden Regionen unerlässlich“, sagte Präsident Giovanni Bisignani am Freitag. Doch gerade bei der Eigentümerfrage wurden keine Fortschritte erzielt. Dieses Versäumnis falle in einer Zeit, in der sich die internationale Luftfahrt in der Krise befindet und zur Konsolidierung über die Landesgrenzen hinweg gezwungen sei, umso negativer ins Gewicht.

Nach Angaben der Kommission wird die Öffnung des Luftfahrtmarktes zwischen der EU und den Vereinigten Staaten binnen zwei Jahren etwa 80 000 neue Stellen schaffen. Den wirtschaftlichen Nutzen beziffert die Behörde dabei mit 12 Milliarden Euro. Beide Märkte stehen zusammen für rund zwei Drittel der internationalen Luftfahrt.

Amerika weitet Hilfe für Hauseigentümer aus

pwe. WASHINGTON, 26. März. Die amerikanische Regierung stockt die Finanzhilfen für notleidende Hauseigentümer um 14 Milliarden Dollar auf, um sie vor der Zwangsvollstreckung zu bewahren. In einer Neuausrichtung fokussiert die Regierung nun zusätzlich darauf, die Schulden von Hauseigentümern zu verringern. Bislang sollten die Programme überwiegend die Zinszahlungen für Schuldner verringern. Nun werden finanzielle Anreize gesetzt, damit Banken Teile des Buchwerts des Kredits auf bis zu 115 Prozent des derzeitigen Hauswertes abschreiben und entsprechend die Kreditverträge umschulden. Mit dem Platzen der Hauspreisblase sind viele Hauseigentümer überschuldet. Ende 2009 bedienten rund 14 Prozent der Hypothekenschuldner ihre Verträge nicht. Trotz einer Stabilisierung der Hauspreise steigt die Zahl der Zwangsvollstreckungen.

Deutsche Post verliert Mehrwertsteuerprivileg

enn. BERLIN, 26. März. Das Mehrwertsteuerprivileg der Deutschen Post wird abgeschafft. Der Bundesrat stimmte am Freitag einem Gesetz der Regierungskoalition zu, das von Juli an auch andere Postdienstleister von der Umsatzsteuerpflicht befreit, wenn sie zumindest einen Teil der Leistungen wie den Transport von Paketen ständig und flächendeckend anbieten. Bisher muss die Post als einziger Briefdienstleister auf das Porto für Postsendungen keine Mehrwertsteuer erheben. Umsatzsteuerpflichtig werden künftig neben Großkundensendungen auch Paketsendungen mit mehr als 10 Kilogramm Gewicht, Bücher, Kataloge und Zeitungen mit einem Gewicht von mehr als 2 Kilogramm sowie Express- und Nachnahmesendungen. Steuerbefreit bleibt die Beförderung von Briefsendungen, Paketen bis 10 Kilogramm sowie Einschreib- und Wertsendungen.